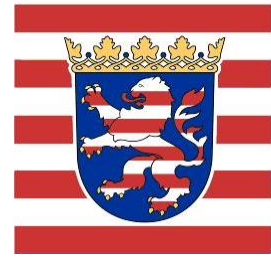




HESSEN



Bericht aus Brüssel

03/2026 vom 16.02.2026

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Europäischer Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	6
Energie.....	6
Digital.....	6
Forschung.....	7
Finanzen.....	8
Soziales.....	9
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	9
Justiz.....	9
Inneres.....	10
Information, Kommunikation und Medien.....	11
Vorschau.....	12

Europäischer Rat; informelle Sitzung am 12.02.2026

Die EU-Staats- und Regierungschefs kamen am 12.02.2026 auf Schloss Alden Biesen (BEL) zu einer informellen Sitzung des Europäischen Rates (ER), sog. Leaders' Retreat, zusammen, um über die Wettbewerbsfähigkeit zu beraten. Entsprechend dem informellen Charakter des Gipfels wurden keine Schlussfolgerungen verabschiedet. ER-Präsident António Costa fasste die Ergebnisse der Sitzung gegenüber der Presse zusammen: Man sei sich einig gewesen, die ehrgeizige Agenda zum Bürokratieabbau fortzuführen, und den Binnenmarkt bis 2027 zu vollenden sowie ein 28. Regime für Unternehmen zu schaffen, damit diese leichter grenzüberschreitend tätig werden können. Man sei ferner übereingekommen, in einigen Sektoren wie der Telekommunikation eine gewisse Unternehmenskonsolidierung zuzulassen, um das erforderliche Maß an Investitionen und Innovationen zu erreichen. Strategische Sektoren in Europa sollen geschützt werden; hier nennt Präsident Costa Verteidigung, Raumfahrt, Cleantech, Quantenphysik, KI sowie Zahlungssysteme. Hinsichtlich einer europäischen Präferenz („buy European“) bestehe weitgehende Einigkeit darüber, dass sie in ausgewählten strategischen Sektoren nach einer gründlichen Analyse in angemessener und gezielter Weise eingesetzt werden müsse. Schließlich soll die EU ihre ambitionierte Handelspolitik fortsetzen und die Vollendung der Spar- und Investitionsunion beschleunigen.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/european-council/2026/02/12/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Sanktionen gegen Iran

Der Rat hat am 29.01.2026 neue restriktive Maßnahmen im Zusammenhang mit den schweren Menschenrechtsverletzungen im Iran und der anhaltenden militärischen Unterstützung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine durch den Iran beschlossen. Insgesamt unterliegen nun 247 Personen und 50 Organisationen restriktiven Maßnahmen im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen im Iran. Sie umfassen das Einfrieren von Vermögenswerten, Reiseverbote in die EU und das Verbot, den gelisteten Personen und Organisationen Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Der Rat hat ebenfalls neue restriktive Maßnahmen verhängt, die vor allem auf das staatlich geförderte Programm des Iran für die Entwicklung und Herstellung unbemannter Luftfahrzeuge abzielen. Die militärische Unterstützung des Angriffskriegs Russlands durch den Iran stelle laut dem Rat nach wie vor eine unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit der EU dar.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/01/29/iran-council-adopts-new-sanctions-over-serious-human-rights-violations-and-iran-s-continued-support-to-russia-s-war-of-aggression-against-ukraine/>

Rat; finanzielle Unterstützung der Ukraine

Der Rat hat am 04.02.2026 seinen Standpunkt zum Rechtsrahmen festgelegt, mit dem die Vereinbarung des Europäischen Rates umgesetzt werden soll, der Ukraine ein Darlehen in Höhe von 90 Mrd. EUR für die Jahre 2026-2027 bereitzustellen. Das Unterstützungsdarlehen für die Ukraine soll dabei helfen, den dringenden Finanzierungsbedarf der Ukraine während des russischen Angriffskrieges zu decken. Vor allem der Gesamthaushalt und der Verteidigungsbedarf der Ukraine müsse unterstützt werden. Weiterhin soll die Finanzierung die europäische und die ukrainische Verteidigungsindustrie stärken. Es ist vorgesehen, dass das geplante

Darlehen durch EU-Anleihen auf den Kapitalmärkten finanziert und durch den EU-Haushalt abgesichert wird. Das Darlehen für die Ukraine soll erst dann rückzahlbar sein, wenn Russland der Ukraine Kriegsreparationen gezahlt hat.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/02/04/council-agrees-position-on-legal-framework-to-provide-90-billion-in-financial-support-to-ukraine/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=3318

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 09.-12.02.2026 in Straßburg:

EP; Asylrecht: Neue Regeln zu sicheren Drittstaaten und Herkunftsstaaten

Am 10.02.2026 hat das EP Änderungen an den Verordnungen über das EU-Asylverfahren angenommen, um die Bearbeitung von Asylanträgen zu beschleunigen. Mit 408 Stimmen dafür, 184 dagegen und 60 Enthaltungen billigte das EP die Einführung einer EU-weiten Liste sicherer Herkunftsstaaten. Zudem stimmte das EP der bereits erzielten Einigung über die Verordnung zur Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats zu (396 Stimmen dafür, 226 dagegen, 30 Enthaltungen). Die neue EU-weite Liste sicherer Herkunftsstaaten ermöglicht eine beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen von Staatsangehörigen der aufgeführten Länder – Bangladesch, Kolumbien, Ägypten, Kosovo, Indien, Marokko und Tunesien. Nach den neuen Regeln liegt es beim einzelnen Antragsteller bzw. der einzelnen Antragstellerin nachzuweisen, dass diese Einstufung im konkreten Fall nicht anwendbar ist, etwa aufgrund einer begründeten Furcht vor Verfolgung oder einem ernsthaften Schaden bei Rückkehr in das Herkunftsland. EU-Beitrittskandidaten gelten ebenfalls als sichere Herkunftsstaaten, es sei denn, relevante Umstände legen etwas anderes nahe. Dazu zählen etwa wahllose Gewalt im Rahmen eines bewaffneten Konflikts oder eine EU-weite Anerkennungsquote von über 20% für ihre Staatsangehörigen. Der Beschluss zu sicheren Drittstaaten zielt auf leichtere Abschiebungen ab. Konkret ermöglicht das Konzept des sicheren Drittstaats es den Mitgliedsstaaten, einen Asylantrag als unzulässig zu betrachten, wenn die Antragsteller in einem für sie sicheren Drittstaat wirksamen Schutz erhalten könnten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0025_DE.pdf

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0026_DE.html

EP; neue Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung des EU-Weinsektors

Am 10.02.2026 stimmte das EP neuen Rechtsvorschriften zu, mit denen der Schutz und die Unterstützung der europäischen Weinproduzenten verbessert werden sollen. Mit 625 Stimmen bei 15 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen billigte das EP die vorläufige Einigung, die am 04.12.2025 mit den Mitgliedstaaten (MS) erzielt worden war. Das neue Regelwerk soll die Herausforderungen angehen, mit denen Weinproduzenten konfrontiert sind, und neue Marktchancen erschließen. Dazu gehören neue Kennzeichnungen für alkoholfreie und alkoholreduzierte Weine. Das EP stimmte dafür, dass Wein mit weniger als 0,05 Prozent Alkohol künftig EU-weit als „alkoholfrei“ und mit dem Zusatz „0,0 Prozent“ verkauft werden darf. Wein mit deutlich reduziertem Alkoholgehalt - aber mehr als 0,5 Prozent - darf als „alkoholreduziert“ bezeichnet werden. Das EP stimmte darüber hinaus für ein Unterstützungspaket für Winzerinnen und Winzer. So werden künftig mehr Rodungen auf Weinbergen zugelassen, um Überproduktion in dem Sektor zu begrenzen. Die MS können ihre Betriebe dafür finanziell unterstützen, auch EU-Mittel stehen dafür bereit. Des

Weiteren erhalten Erzeuger zusätzliche Unterstützung zur Förderung des Weintourismus. Maßnahmen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums in ländlichen Gebieten und zur Förderung hochwertiger europäischer Weine in Drittländern können mit bis zu 60% aus EU-Mitteln kofinanziert werden; die MS können für kleine und mittlere Unternehmen bis zu 30% und für größere Unternehmen bis zu 20% beisteuern.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0028_DE.html

Europäischer Ausschuss der Regionen

AdR; NAT-Fachkommissionssitzung

Am 04.02.2026 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „EU-Bevorratungsstrategie: Stärkung der materiellen Krisenvorsorge der EU“, „Strategie für medizinische Gegenmaßnahmen“ sowie „Zukunft der Entwicklung des ländlichen Raums nach 2028“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2231857&meetingSessionId=2290747>

AdR; COTER-Fachkommissionssitzung

Am 05.02.2026 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds und Haushalt statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „Verordnung über den Fonds für nationale und regionale Partnerschaftspläne (NRPP-Fonds)“, „Leistungsrahmenverordnung“ sowie „Verordnung zur Schaffung der Fazilität Connecting Europe für den Zeitraum 2028-2034“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2231881&meetingSessionId=2290772>

Wirtschaft

Kommission; 3 Mrd. EUR für deutsche Beihilferegulung zur Förderung von Fertigungskapazitäten für saubere Technologien genehmigt

Am 05.02.2026 genehmigt die Kommission eine mit 3 Mrd. EUR ausgestattete deutsche Beihilferegulung zur Förderung von Fertigungskapazitäten für saubere Technologien als Beitrag zu den Zielen des Deals für eine saubere Industrie. Im Rahmen der Regelung werden Beihilfen in Form von Zuschüssen und Steuervergünstigungen, Zinszuschüssen für neue Darlehen oder Garantien für neue Darlehen gewährt. Die Regelung steht Unternehmen in ganz DEU offen, und die Beihilfen können bis zum 31.12.2030 gewährt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_322

Verkehr

Kommission; Europas Verkehr im Wandel: Zwei Schlüsselinitiativen für 2026

Am 29.01.2026 eröffnete die Kommission die Sondierung zur Evaluierung der Verordnung (EU) Nr. 598/2014 zur Lärminderung im Luftverkehr, die bis zum 26.02.2026 läuft. Die Verordnung zur Lärminderung auf Flughäfen regelt Betriebsbeschränkungen bei Lärmproblemen, um den Fluglärm zu reduzieren und die Lebensqualität der EU-Bürger zu verbessern. Trotz Fortschritten, etwa durch leisere Flugzeuge, bleibt der wachsende Flugverkehr eine Herausforderung. Eine Konsultation im zweiten Quartal 2026 wird die Wirksamkeit der Verordnung überprüfen und Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen, um den Luftverkehr nachhaltiger und leiser zu gestalten.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14778-Evaluation-of-the-Balanced-Approach-Regulation-on-noise-at-EU-airports_de

Energie

Kommission; EU investiert 650 Mio. EUR in grenzüberschreitende Energieinfrastruktur

Die Kommission hat am 28.01.2026 mitgeteilt, dass sie für die Energiezukunft Europas 650 Mio. EUR in 14 grenzüberschreitende Projekte, die nicht nur die Versorgungssicherheit stärken, sondern den Kontinent zum Vorreiter in Sachen erneuerbare Energien und Wettbewerbsfähigkeit machen sollen, investieren wird. Im Zentrum stehen intelligente Stromnetze und Wasserstoffinfrastrukturen – zwei Säulen, die Europa unabhängiger und nachhaltiger aufstellen. Mit 470 Mio. EUR wird der Ausbau der Stromnetze vorangetrieben, während 176 Mio. EUR in die Wasserstoffwirtschaft investiert werden. DEU nimmt mit zwei Initiativen teil: RWE realisiert in Gronau-Epe den ersten groß-skaligen, unterirdischen Wasserstoffspeicher Nordwesteuropas – unterstützt mit 120 Mio. EUR. Parallel treibt Uniper mit der Green Wilhelmshaven Terminal-Studie (Förderung: 10,6 Mio. EUR) den Aufbau von Wasserstofflogistik voran.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_101

Digital

EU-Kommission legt Code of Conduct für nachhaltige Netze vor

Das Joint Research Centre der EU-Kommission hat gemeinsam mit der Generaldirektion CNECT über mehr als ein Jahr hinweg und im engen Austausch mit relevanten Stakeholdern einen *Code of Conduct für nachhaltige Netze* erarbeitet. Dieser wurde am 28.01.2026 veröffentlicht. Die Initiative war bereits im EU-Aktionsplan zur Digitalisierung des Energiesystems angekündigt und später im Weißbuch zur Digitalen Infrastruktur bestätigt worden. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass auch Telekommunikationsnetze einen messbaren Beitrag zur Erreichung der EU-Klimaziele leisten müssen. Um diesen Beitrag transparent und überprüfbar zu machen, definiert der Code of Conduct Nachhaltigkeitsanforderungen entlang des gesamten Lebenszyklus von Netzinfrastrukturen, wobei der Schwerpunkt auf der Betriebsphase liegt. Die Bewertung stützt sich auf acht Indikatoren, die Energieverbrauch, Klimawirkung und weitere zentrale Umweltaspekte abdecken. Dabei unterscheidet der

Code zwischen verpflichtenden („expected“) und optionalen Praktiken. Weiterhin soll der Code of Conduct künftig als Grundlage für technische Screening-Kriterien im Rahmen der EU-Taxonomie dienen. Als Soft-Law-Instrument ist der Kodex zwar freiwillig anwendbar, erhält aber durch seine Referenz im Digital Networks Act, der am 21.01.2026 vorgelegt wurde, eine strategische Bedeutung, da er Grundlage für das Nachhaltigkeitsassessment von Telekommunikationsnetzen ist.

<https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC144975>

F o r s c h u n g

Kommission; Frauen in Forschung, Innovation und Start-ups

Die Kommission hat am 29.01.2026 im Bereich der Forschungs- und Innovationspolitik eine Konsultation gestartet. Diese soll den künftigen EU-Aktionsplan für Frauen in Forschung, Innovation und Start-up-Unternehmen vorbereiten. Ziel der Maßnahme ist es, den Europäischen Forschungsraum (EFR) bis 2030 für Frauen zum weltweit attraktivsten Ort für Forschung, Innovation und Arbeit in Start-up-Unternehmen zu machen. Dies soll die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der EU durch Mobilisierung aller Talente fördern. Die Frist für Rückmeldungen endet am 23.02.2026. Die Teilnahme steht allen Interessierten offen, darunter auch nationalen, lokalen und regionalen Behörden, Unternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/15312-Aktionsplan-fur-Frauen-in-Forschung-Innovation-und-Start-up-Unternehmen_de

Kommission; Horizont Europa; Forschungsrat; ERC; neue Förderung

Am 03.02.2026 hat der Europäische Forschungsrat (ERC), eine Agentur der EU, das neue Arbeitsprogramm mit den Förderausschreibungen für 2026 veröffentlicht. Der ERC vergibt im Rahmen des Programms Horizont Europa auf Antrag hochkompetitive Förderungen (Grants) an exzellente Forschende in der EU und in Partnerländern. Das neue Arbeitsprogramm enthält insbesondere auch Ausführungen zum neuen Förderprogramm „ERC Plus Grant“. Ziel des Programms ist die Förderung von herausragenden Wissenschaftlern, die sich großen wissenschaftlichen Herausforderungen stellen. Bewerbungen können für alle Forschungsfelder gestellt werden. Es werden nur solche Projekte unterstützt, die nicht mit einem regulären ERC Grant gefördert werden könnten – die Bewerber müssen deshalb darlegen, wie ihre Projekte über reguläre ERC-Projekte hinausgehen (z.B. durch die geplante Transformation ihres Bereichs oder die Eröffnung eines neuen Forschungsfeldes). Die geförderten Forschenden (Principal Investigators) müssen zudem führend in ihrem Forschungsfeld sein, wobei die intellektuelle Führung anhand der jeweiligen Karrierephase beurteilt wird. Es werden jährlich nur etwa 30 ERC Plus-Stipendien vergeben, die Förderungsdauer beträgt zwischen vier und sieben Jahren und der Höchstbetrag 7 Mio. EUR. Bewerbungen können voraussichtlich ab dem 02.06.2026 und bis zum 02.09.2026 eingereicht werden

https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/horizon/wp-call/2026/wp_horizon-erc-2026_en.pdf

AMLA: Konsultationen zu neuen Pflichten für nicht-finanzielle Berufsgruppen

Seit dem 09.02.2026 führt die EU-Anti-Geldwäsche-Behörde (AMLA) drei öffentliche Konsultationen durch, die für verpflichtete Berufsgruppen sowie Selbstregulierungsbehörden, internationale Organisationen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Verbrauchervertreter, Hochschulen und (investigative) Journalisten relevant sind. Die Konsultationen erfolgen erstmals in dieser Breite und das Ergebnis soll systematisch in die Bekämpfung von Geldwäsche einbezogen werden. Die erste Konsultation betrifft Geldstrafen und Verwaltungsmaßnahmen bei Verstößen gegen die ab Juli 2027 geltenden Regeln und endet bereits am 09.03.2026. Die beiden weiteren Konsultationen befassen sich mit der Sorgfaltspflicht gegenüber Kunden sowie der Identifizierung verdächtiger Transaktionsmuster, auch unterhalb der üblichen Schwellenwerte. Die beiden letztgenannten Konsultationen laufen bis zum 08.05.2026.

https://www.amla.europa.eu/policy/public-consultations_en?prefLang=de&etrans=de

EP: EU-Unterstützungspaket für die Ukraine (2026–2027)

Das EP hat am 11.02.2026 ein umfassendes Maßnahmenpaket verabschiedet, um die Ukraine im Rahmen des anhaltenden russischen Angriffskriegs mit einem EU-Darlehen in Höhe von 90 Mrd. EUR für die Jahre 2026 und 2027 zu unterstützen. Das sogenannte Ukraine-Unterstützungsdarlehen zielt darauf ab, den dringenden Finanzierungsbedarf des Landes zu decken. 30 Mrd. EUR sind dabei für makrofinanzielle Unterstützung und Haushaltshilfe über die Ukraine-Fazilität der EU vorgesehen und 60 Mrd. EUR dienen der Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten der Ukraine. Die Mittel sollen den rechtzeitigen Zugang zu kritischen Verteidigungsgütern sichern, die vorrangig aus der ukrainischen, der EU- sowie der Verteidigungsindustrie des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) stammen. Für dringende Lieferungen, die in diesen Regionen nicht verfügbar sind, gelten gezielte Ausnahmeregelungen für die Beschaffung aus Drittstaaten. Die Mittel sind an strenge Bedingungen geknüpft wie die Einhaltung der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, den Schutz der Menschenrechte sowie der Rechte von Minderheiten. Zudem müssen laufende Reformen zur Korruptionsbekämpfung und zur Stärkung demokratischer Institutionen fortgesetzt werden. Das Darlehen wird durch gemeinsame EU-Anleihen finanziert. Die Kosten für den Schuldendienst belaufen sich auf etwa 1 Mrd. EUR im Jahr 2027 und voraussichtlich 3 Mrd. EUR pro Jahr ab 2028. Die Ukraine ist zur Rückzahlung des Darlehenskapitals verpflichtet, sobald sie Kriegsreparationen von Russland erhält. Die erforderlichen Gesetzgebungsakte wurden im Dringlichkeitsverfahren verabschiedet, um eine rasche Hilfe zu gewährleisten. Der Rat muss das Paket im nächsten Schritt förmlich annehmen, damit die Kommission die erste Auszahlung Anfang des zweiten Quartals 2026 vornehmen kann. Das Unterstützungspaket wurde im Dezember 2025 vom Europäischen Rat vereinbart und im Januar 2026 von der Kommission vorgelegt.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260206IPR33903/parlament-billigt-ukraine-unterstuetzungsdarlehen-in-hohe-von-90-mrd-EU>

Soziales

Kommission; Öffentliche Konsultation zum Europäischen Sozialversicherungspass; Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme

Die Kommission hat eine öffentliche Konsultation zum Europäischen Sozialversicherungspass (European Social Security Pass – ESSP) gestartet. Ziel ist es, die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in der EU zu verbessern und Verwaltungsverfahren bei grenzüberschreitender Beschäftigung zu vereinfachen. Der ESSP soll digitale Nachweise über Sozialversicherungsansprüche ermöglichen und so Transparenz für Arbeitnehmende, Unternehmen und Behörden erhöhen. Hintergrund sind zunehmende grenzüberschreitende Mobilität sowie Herausforderungen bei der Überprüfung von Sozialversicherungsstatus und Entsendungen. Die Kommission bittet Mitgliedstaaten, Sozialpartner, Unternehmen und weitere Interessenträger um Stellungnahmen zu Ausgestaltung, Mehrwert und Umsetzungsoptionen. Angaben zu Frist und weiterem Verfahren wurden nicht veröffentlicht. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in die weiteren Arbeiten der Kommission einfließen.

https://employment-social-affairs.ec.europa.eu/news/public-consultation-european-social-security-pass-esspass-launched-2026-02-03_en

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Neuauflage des Europäischen Kodexes zur Krebsbekämpfung vorgestellt

Im Rahmen des Weltkrebstages am 04.02.2026 sowie dem fünfjährigen Bestehen des europäischen Plans gegen den Krebs hat die Kommission eine neue Auflage des Europäischen Kodexes zur Krebsbekämpfung (ECAC5) vorgestellt. Der Kodex beinhaltet 14 auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierten Empfehlungen zur Krebsprävention. Dazu zählen unter anderem Impfungen, Früherkennungsmaßnahmen, Stillen, Alkoholkonsum, der Verzehr stark verarbeiteter Lebensmittel und Luftverschmutzung. Als wesentliche Neuerung richtet sich der Kodex nicht nur an Individuen, sondern auch an politische Entscheidungstragende. Die neue Fassung des Kodexes wurde vom Internationalen Krebsforschungszentrum im Auftrag der Kommission erarbeitet. Die Risikofaktoren für Krebs überschneiden sich häufig mit denen anderer nicht übertragbarer Erkrankungen, etwa Herz-Kreislauf-Leiden. Der Kodex ergänzt damit den am 16.12.2025 von der Kommission vorgestellten Safe Hearts Plan.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_277

Justiz

Kommission; Aktionsplan gegen Cybermobbing vorgelegt

Die Kommission hat am 10.02.2026 einen Aktionsplan gegen Cybermobbing vorgelegt, um in der EU die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Internet zu schützen. Der Aktionsplan umfasst u.a. die Einführung einer EU-weiten App, mit der Opfer von Online-Mobbing leicht Hilfe erhalten, Beweise sicher speichern und senden können, die Koordinierung nationaler Ansätze und die Vorbeugung gegen Cybermobbing durch die Förderung besserer und sichererer digitaler Verfahren. Die

Kommission strebt u.a. eine Überarbeitung der Leitlinien im Gesetz über digitale Dienste (DSA) zum Schutz Minderjähriger an sowie Leitlinien zum DSA zu vertrauenswürdigen Hinweisgebern („trusted flagger“). In die laufende Bewertung und Überprüfung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) soll die Bekämpfung von Cybermobbing auf Videoplattformen einbezogen werden. Schließlich sollen die effektive Umsetzung der Bestimmungen des Gesetzes über künstliche Intelligenz (AI-Act) über verbotene KI-Praktiken unterstützt und die Umsetzung der Transparenzverpflichtungen des AI-Act erleichtert werden, u.a. durch einen Verhaltenskodex für die Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten, die für Cybermobbing missbraucht werden können. Die Prävention von Cybermobbing wird im Mittelpunkt der bevorstehenden Überprüfung der Leitlinien der Kommission für Pädagogen zur Förderung der digitalen Kompetenz stehen, die Teil des übergeordneten Ziels ist, digitale Kompetenzen zu stärken und den Einsatz digitaler Technologien im Rahmen der Union der Kompetenzen zu verbessern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_332

In n e r e s

Kommission; Zwei Strategien zur Zukunft der Asyl- und Migrationspolitik sowie der Visapolitik der EU vorgelegt

Am 29.01.2026 hat die Kommission zwei Strategien zur Asyl- und Migrationspolitik sowie zur Visapolitik der EU vorgelegt. Die erste europäische Strategie für Asyl- und Migrationsmanagement enthält fünf konkrete Prioritäten für die nächsten fünf Jahre in Umsetzung des EU-Migrations- und Asylpakets. Sie verfolgt drei Hauptziele: Verhinderung illegaler Migration und Zerschlagung des Geschäfts krimineller Schleusernetze, Schutz von Menschen vor Krieg und Verfolgung bei gleichzeitiger Verhinderung von Missbrauch des Systems sowie Gewinnung von Talenten für die EU zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften. Unter den Prioritäten sind u.a. eine Intensivierung der Migrationsdiplomatie, eine effektivere Rückführung und Rückübernahme und die Mobilität von Arbeitskräften und Talenten zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Die erste EU-Visumstrategie dient der Förderung der langfristigen EU-Interessen. Sie soll es der EU ermöglichen, besser für die wachsende Mobilität sowie die Folgen der regionalen Instabilität und des geopolitischen Wettbewerbs gerüstet zu sein. Die Visumstrategie hat drei Säulen: Stärkung der Sicherheit der EU, Förderung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit durch Erleichterung legaler Mobilität und moderne Visa-Tools. Parallel zur Visumstrategie hat die Kommission eine Empfehlung zur Gewinnung von Talenten für Innovationen angenommen, um die EU für hochqualifizierte und qualifizierte Fachkräfte, Studenten, Forscher und innovative Unternehmer attraktiver zu machen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/zukunft-der-europaischen-migrations-und-visapolitik-eu-kommission-legt-strategie-vor-2026-01-29_de

Kommission; Aktionsplan zur Abwehr von Drohnenbedrohungen

Am 11.02.2026 hat die Kommission einen Aktionsplan zur Abwehr von Drohnenbedrohungen vorgelegt. Der Aktionsplan zur Bekämpfung der zunehmenden Bedrohung der Sicherheit der EU konzentriert sich auf die zivile innere Sicherheit, unterstützt aber auch die Arbeit der Kommission im Verteidigungsbereich und stärkt zivil-militärische Synergien. Er soll zudem zur Entwicklung eines wettbewerbsfähigen europäischen Drohnenmarktes beitragen. Dazu schlägt die Kommission einen neuen Ansatz für die technologische Entwicklung und die rasche Ankurbelung der Industrieproduktion vor. Geplant sind u.a. ein neues EU-Exzellenzzentrum für

Drohnenabwehr, ein Zertifizierungssystem für Drohnenabwehrsysteme und ein Industrieforum für Drohnen und Drohnenabwehr. Mit einem Drohnen-Sicherheitspaket will die Kommission die bestehenden Vorschriften für zivile Drohnen überarbeiten. Das Paket umfasst u.a. eine koordinierte Risikobewertung zum Schutz der technologischen Lieferketten sowohl für Drohnen als auch für Drohnenabwehrsysteme sowie die Einführung eines EU-Gütesiegels für vertrauenswürdige Drohnen zur Identifizierung sicherer Geräte auf dem Markt. In der aktuellen Bedrohungslage sollen 5G-Netze für die Erkennung von Drohnen und Drohnenschwärmen genutzt werden. Schließlich soll die Verteidigungsbereitschaft Europas gegen Drohnenbedrohungen gestärkt werden.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_364

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Leitlinien zu Art. 18 des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes

Die Kommission hat am 05.02.2026 Leitlinien zu Umsetzung von Art. 18 der Verordnung (EU) 2024/1083 (Europäisches Medienfreiheitsgesetz, EMFA) veröffentlicht. Art. 18 EMFA führt ein Verfahren ein, um Medienanbieter vor unfairen Moderationspraktiken durch sehr große Online-Plattformen (VLOPs) zu schützen. VLOPs müssen Medienanbieter im Voraus benachrichtigen, wenn sie beabsichtigen, deren Inhalte zu entfernen, die Gründe dafür darlegen und den Medienanbietern 24 Stunden Zeit zur Antwort geben, bevor die Löschung wirksam wird. Um von diesen Schutzmaßnahmen zu profitieren, müssen Mediendiensteanbieter über eine von den Plattformen eingerichtete Funktion erklären, dass sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Die Leitlinien führen auf, welche Gestaltungs- und Funktionsmerkmale diese Funktion nach Ansicht der Kommission mindestens aufweisen sollte, damit sie für Mediendiensteanbieter leicht zu finden und zu verwenden ist.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/guidelines-under-article-18-european-media-freedom-act-emfa>

Kommission; Konsultation zur Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste

Die Kommission hat am 10.02.2026 eine öffentliche Konsultation zur Richtlinie 2010/13/EU über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) eingeleitet. Die AVMD-Richtlinie koordiniert die nationalen Rechtsvorschriften in der EU für alle audiovisuellen Medien. Die Konsultation befasst sich mit dem Anwendungsbereich der Richtlinie und ihrer Durchsetzung sowie der audiovisuellen kommerziellen Kommunikation, dem Schutz der Zuschauer und der Stärkung der Medienvielfalt im Binnenmarkt. Die Ergebnisse sollen in die für 2026 geplante Überarbeitung der Richtlinie einfließen. Die Konsultation endet am 01.05.2026.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/15752-Audiovisual-media-services-evaluation-and-update-of-EU-rules/public-consultation_en

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

- | | |
|------------|---|
| 16.02.2026 | <p>Eurogruppe:</p> <ul style="list-style-type: none">- Empfehlung für den Euroraum 2026- Die internationale Rolle des Euro – wie die europäische Währungssouveränität gefördert werden kann- Verschiedenes: Ernennung des Präsidenten der EWG |
| 17.02.2026 | <p>Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN):</p> <ul style="list-style-type: none">- Savings and Investments Union – insbesondere Austausch zu supplementary pensions package (Zusatzrentenpaket)- EU-Haushalt - Empfehlung an die Kommission zur Durchführung des EU-Haushaltsplans für 2024 und Genehmigung der Schlussfolgerungen zu den Leitlinien für den Haushalt 2027 (gleichzeitig als Referenz für den kommenden Haushaltszyklus)- Verteidigung/Finanzierung - Ausweichklausel Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) für Österreich (Übergang zu höheren Verteidigungsausgaben auf nationaler Ebene bei Gewährleistung der Schuldentragfähigkeit)- Europäisches Semester – wirtschaftspolitische Empfehlungen- Aufbau- und Resilienzfazilität – voraussichtlich Durchführungsbeschluss zur Genehmigung eines geänderten Aufbau- und Resilienzplans der Mitgliedstaaten- Russlands Aggression gegen die Ukraine – Austausch über den aktuellen Stand der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine (regelmäßiger TOP)- Taxation - Schlussfolgerungen zur halbjährlichen Überarbeitung der EU-Liste nicht kooperativer Jurisdiktionen für Steuerzwecke- Finanzdienstleistung – Bericht über den aktuellen Stand der Gesetzesvorschläge im Bereich |
| 23.02.2026 | <p>Rat (Auswärtige Angelegenheiten):</p> <ul style="list-style-type: none">- Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine- Lage im Nahen Osten |
| 23.02.2026 | <p>Rat (Landwirtschaft und Fischerei):</p> <ul style="list-style-type: none">- Vorschläge für eine gemeinsame Agrarpolitik nach 2027- Bericht über die Evaluierung der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken |
| 24.02.2026 | <p>Rat (Allgemeine Angelegenheiten): noch keine TO</p> |

- 25.+26.02.2026 Informelle Tagung auf Ministerebene „Gesundheit“:
- wichtige Gesundheitsthemen wie die psychische Gesundheit und die Einrichtung eines europäischen Kompetenzzentrums für pharmazeutische Produkte
- 26.02.2026 Rat (Wettbewerbsfähigkeit): noch keine TO

Europäische Kommission

- 18.02.2026 Mitteilung über die Regionen an der Ostgrenze
Konferenz in Nicosia (Zypern): Das Schlachtfeld neu definiert 2026: Moderne Technologien mit Dual-Use-Potenzial zur Stärkung von Sicherheit, Verteidigung und Weltraumresilienz
- 26.+27.02.2026

Europäisches Parlament

24.02.2026 außerordentliche Plenarsitzung in Brüssel:

- Vier Jahre russischer Aggressionskrieg gegen die Ukraine

Europäischer Gerichtshof

Termine EuGH/EuG 16.02.-27.02.2026:

26.02.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-92/23 Kommission / Ungarn (Recht, Mediendienste auf einer Funkfrequenz anzubieten) – Nutzungsrechte an Funkfrequenzen in HUN: Klubrádió

26.02.2026

Urteile des Gerichtshofs in den Rechtsmittelsachen C-367/22 P Air Canada / C-369/22 P Air France / C-370/22 P Air France-KLM / C-375/22 P LATAM Airlines Group und Lan Cargo / C-378/22 P British Airways / C-379/22 P Singapore Airlines und Singapore Airlines Cargo / C-380/22 P Deutsche Lufthansa u. a. / C-381/22 P Japan Airlines / C-382/22 P Cathay Pacific Airways / C-385/22 P Koninklijke Luchtvaart Maatschappij / C-386/22 P Martinair Holland / C-401/22 P Cargolux Airlines / C-403/22 P SAS Cargo Group u. a. / Kommission – Luftfrachtkartell

26.02.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-131/24 VIRUS u. a. – Vorhaben „Landesstraße L 5181, Spange Wörth“ in Niederösterreich: Vogelschutz (AUT)

26.02.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den Rechtsmittelsachen C-496/23 P Meta Platforms Ireland / Kommission (Facebook Marketplace) und C-

497/23 P Meta Platforms Ireland / Kommission (Facebook Data) –
Auskunftsverlangen der Kommission: Identifizierung der Dokumente anhand von
Suchbegriffen

26.02.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-876/24
Vueling Airlines (Zuständiges Gericht bei online gebuchtem Inlandsflug) –
Gerichtliche Zuständigkeit für Schadensersatzklage wegen Gepäckverlusts (ESP)

26.02.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-802/24
Reibel – Restriktive Maßnahmen: Schiedsverfahren (SWE)

26.02.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-471/24 PKO BP (Kritischer
Referenzwert) – Missbräuchliche Klauseln – Hypothekendarlehenvertrag mit variablem
Zinssatz (AUT)

26.02.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-234/25
Sky Österreich Fernsehen – Widerrufsrecht bei Streaming-Abos (AUT)

26.02.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-840/24 VG
Wort (Begünstigter der von einer Verwertungsgesellschaft erbrachten Leistungen) –
Förderung kulturell bedeutender Werke durch eine Verwertungsgesellschaft (DEU)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 27.02.2026.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

